

## Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

### OWUS-Dachverband

#### Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer

„„Gute Arbeit« für (Solo-)Selbstständige in der Kultur- und Kreativwirtschaft“ unter diesem Titel veröffentlichte die Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 24. Juli ein gemeinsames Positionspapier der Arbeitskreise AK IV Lebensweise und Wissen sowie AK I Soziales, Gesundheit und Rente.

Die Fraktion stellt fest, dass mehr als ein Drittel aller in der Kultur- und Kreativwirtschaft Beschäftigten geringfügig erwerbstätig ist, hierunter fallen auch Selbstständige mit einem Jahresumsatz unter 17 500 Euro. Gut 96 Prozent aller Unternehmen der Kreativwirtschaft gehören zur Gruppe der Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Die Fraktion fordert in ihrem Positionspapier eine faire Vergütung, wobei die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion ausüben muss. Gefordert werden bessere Arbeitsbedingungen und damit verbunden eine deutliche Abgrenzung von selbstständiger Tätigkeit, arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten, freien MitarbeiterInnen oder projektbezogen angestellten Personen. Zur Verbesserung der sozialen Absicherung werden konkrete Vorschläge unterbreitet. Und letztendlich will die Fraktion die Selbstorganisation von Selbstständigen, den Aufbau und die Vernetzung von Interessenverbänden fördern. Damit sollen Selbstständige mehr Verhandlungsmacht in Bezug auf Mitbestimmungsrechte, Arbeitszeiten, Vergütung und soziale Absicherung erhalten.

<https://www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/gute-arbeit-fuer-solo-selbststaendige-in-der-kultur-und-kreativwirtschaft/>

Dieses Positionspapier ist ein weiterer Beitrag dazu, um die von OWUS im Beschluss „Sozialcharta“ geforderte Verbesserung der sozialen Absicherung von Solo-Selbständigen und Kleinunternehmern zu erreichen. Nach den Bundestagswahlen werden wir mit der neugewählten Fraktion dazu in den Dialog treten.

## **GLS Bank unterstützt gegenseitige Absicherung von Selbständigen**

Wie wir erst jetzt durch den Hinweis eines Lesers unseres Newsletters erfahren haben, unterstützt die GLS-Bank (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken e.G.) eine Initiative zur gegenseitigen Absicherung von Selbständigen bzw. Freiberuflern. Im Bankspiegel 1/2017 (Seite 17) informierte sie über diese Initiative, die der Frage nachgeht *„Wie können sich Selbständige künftig gegenseitig absichern? Und welche Chancen bietet dabei die Digitalisierung?“* Eine Möglichkeit können sogenannte Peer-to-Peer-Versicherungen sein. Dazu sollte bereits im März ein Workshop der GLS Bank stattfinden.

Wir werden versuchen, nähere Informationen zu erhalten.

<https://www.gls.de/privatkunden/aktuelles/bankspiegel/> oder  
<https://de.calameo.com/read/005161874ee6e9f5b44de>

## **Bundesverfassungsgericht bestätigt Zwangsmitgliedschaft in den IHK**

Das BVerfG hat sich viel Zeit genommen. Bereits im September 2014 hatte der Dachverband eine Stellungnahme zu dem Verfahren abgegeben. Und am 02. August d.J. kam das Urteil - Gewerbetreibende müssen auch in Zukunft als Pflichtmitglieder Beiträge an die Industrie- und Handelskammern (IHK) zahlen.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1059386.pflichtbeitraege-fuer-ihk-sind-rechtens.html?sstr=IHK>

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. hat sich inzwischen geäußert, wie es nach dem Urteil des BVerfG, das nach Auffassung des bffk einen schweren Rückschlag darstellt, weitergehen soll. Im Wesentlichen werden drei Handlungsfelder genannt:

- Prüfung rechtlicher Schritte vor europäischen Gerichten
- Schaffung von zwei, drei, vier, vielen "Hamburgs" (bezogen auf den fulminanten Wahlsieg der „Kammerrebelln“)
- Den bffk als Kontroll- und Oppositionskraft der Kammerorganisationen erhalten und stärken.

<https://www.bffk.de/aktuelles/nach-dem-urteil-des-bundesverfassungsgerichts-wie-weiter.html>

## **Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“**

"Die Umverteiler klären auf" lautet die Überschrift einer Serie von wöchentlichen Info-Briefen der verschiedenen Trägerorganisationen der Kampagne. Inzwischen sind die nächsten Info-Briefe erschienen:

Nr. 15 vom 31.07.2017: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft stellt vor:  
Initiative Nachhaltige Finanzreform

Nr. 16 vom 07.08.2017: Bundesverband Die Tafeln e.V. fordert eine sozial-ökologische Wende für Deutschland!

Nr. 17 vom 14.08.2017: Volkssolidarität Bundesverband e.V. fordert die Stärkung der gesetzlichen Rente

Nr. 18 vom 21.08.2017: Netzwerk Steuergerechtigkeit zur Notwendigkeit einer Erbschaftsteuerreform

Nr. 19 vom 28.08.2017: Gemeingut in BürgerInnenhand e.V. für den Erhalt öffentlicher Infrastruktur

<https://www.reichtum-umverteilen.de/umverteilen-blog/>

Der Trägerkreis hat beschlossen, zu einem bundesweiten Aktionstag am 16. September 2017 aufzurufen – mit dem Hinweis, dass auch Aktionen in der Woche davor und danach möglich sind. Es sollen dezentrale Aktionen in verschiedenen Formaten (u.a. auch Medienarbeit) stattfinden.

Zudem soll es am 16.09. einen Bündnis-Aktionstag mit einer bundesweit koordinierten Aktion – mit der Idee „normale Superhelden verteilen um“ geben (siehe Veranstaltungen). Den Auftakt zum Aktionstag macht Berlin bereits am 15. September um 12:30 Uhr mit einer Superheld/-innen-Aktion vor dem Deutschen Bundestag (<https://www.facebook.com/events/1914528985482647>).



## **Aus den Landesverbänden**

### **OWUS Berlin-Brandenburg**

#### **Aus den Mitgliedsunternehmen**

Auf Einladung des Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreises e.V. fand am 24. August 2017 ein Politikfrühstück mit Kandidaten zu den Bundestagswahlen statt (<http://www.mhwk.de/2017-24-08-mhwk-politikfruehstueck/>). Die Fragestellung lautete. „Welche wirtschaftspolitischen Vorhaben und Schwerpunkte stellen die Parteien für die neue Wahlperiode in den Mittelpunkt?“ Matthias Bernhardt von unserem Mitgliedsunternehmen **bue Anlagentechnik GmbH** interessierte sich vor allem für die **Perspektiven der Biogastechnologie** in Deutschland und wandte sich mit dieser Frage konkret an Frau Renate Künast (MdB) von Bündnis90/Die Grünen. Da während der Veranstaltung keine Zeit für eine tiefere Diskussion bestand, wandte er sich im Nachgang schriftlich an Frau Künast.

In Anbetracht der Bedeutung auch von Biogas für die Energiewende dokumentieren wir auszugsweise die Fragen und Bemerkungen unseres Mitgliedsunternehmens sowie die inzwischen vorliegende Antwort von Frau Künast:

a) *Zu der mit den EEG-Novellen 2014 und 2016 wieder verdrängte Biogas-Technologie*

*Durch die Rahmenbedingungen insbesondere des EEG 2004, 2006, 2009 war es möglich, den Gedanken der erneuerbarer dezentraler Energiegewinnung zu folgen und im bescheidenen Maße die Biogastechnologie hierfür Schritt für Schritt auszubauen und für einem großen Teil von landwirtschaftlichen Betrieben als zweite und einzig konstante Einnahmequelle zugänglich zu machen (hier sei ausdrücklich vermerkt, dass die großen Biogasparcs als reine Renditeobjekte mit all ihrem Negativ-Image von dieser Betrachtungsweise ausgenommen sind!). Unverständlicherweise kamen dann die Einschränkungen durch die EEG-Novelle 2012 und die fast vollständige Zerstörung mit den EEG-Novellen 2014 und 2016. Die hierfür bemühten Begründungen sind aus der objektiven Sicht auf das Thema „erneuerbare dezentrale Energiegewinnung“ nicht nachvollziehbar.*

b) *Berücksichtigung der Biogas-Technologie im Zusammenhang mit alternativen CO<sub>2</sub>-neutralen und schadstoffarmen Alternativkraftstoffen*

*Die Technologien für die Erzeugung von solchen Kraftstoffen sind, was CNG angeht, längst Stand der Technik. In Berlin immerhin 15 CNG-Tankstellen mit H-Gas – aber warum nicht 150 und mehr? Allein im Land Brandenburg warten immer noch mehr als 50% landwirtschaftlich erzeugte tierische Exkrememente auf ihre energetische Nutzung durch das Biogasverfahren. In den anderen neuen und auch teilweise in den alten Bundesländern sieht es ähnlich aus. Aber die herrschende Energiepolitik verhindert die Erschließung dieser Ressourcen.*

*Alle reden nach dem Abgasskandalen der Autokonzerne von alternativen Antrieben, Elektromobilität usw.. Auch das Thema Kostenübernahme durch die Verursacher steht im Raum. Wie wäre es mit Wiedergutmachung, indem die Autokonzerne die nächste Entwicklungsstufe „Nutzung der Biogastechnologie zur Erzeugung von alternativen CO<sub>2</sub>-neutralen und schadstoffarmen Alternativkraftstoffen“ finanzieren? Da kann genauso ein anlegbarer Erzeugerpreis für 1 kg CNG ausgelobt werden, wie einst bei der EEG-Vergütung für 1 kWh Strom, sodass die Nutzer Freude daran haben, ihre Fahrzeuge umzurüsten. Nur das dieser Preis nicht mehr auf die Allgemeinheit umgelegt wird, sondern allein aus den gigantischen Vermögen der Autokonzerne gespeist wird.*

*Ein weiterer Vorteil davon ist, dass man sich gesamtgesellschaftlich mehr Zeit für die Entwicklung, Erprobung und Prüfung der ökologischen Eignung von alternativen Antrieben nehmen kann, damit man nicht Gefahr läuft, in die nächste ökologische Falle zu rennen. Unterstützend dazu ist es notwendig, einen Technologieentwicklungsfonds für alternativen CO<sub>2</sub>-neutrale und schadstoffarme Alternativkraftstoffe aufzulegen, der seinen Namen auch Ehre macht – finanziert durch die Auto- und Energiekonzerne lt. GG Art. 14 (2) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“*

In ihrer Antwort teilte Frau Künast u.a. mit:

*„Für uns Grüne ist völlig klar, dass Biogas eine zentrale Rolle bei der Energiewende spielt: Sie ist flexibel einsetzbar, lässt sich ohne Probleme speichern und kann die optimale Ergänzung zu Wind- und Solarenergie sein. Allerdings müssen wir auch erkennen, dass die Flächen- und Bodenressourcen begrenzt sind und es zu Nutzungskonflikten mit dem Nahrungsmittelanbau sowie dem Erhalt der Biodiversität und von Wildnis kommt. Dafür braucht es Lösungen die nachhaltig sind.“*

*Wir Grüne haben eine differenzierte Haltung zur Förderung von Bioenergien mit folgenden Kernpunkten:*

- *Die Förderpolitik für Biogas muss auf alternative Substrate wie organische Rückstände und Abfälle fokussieren. Ein weiterer Ausbau von Mais für Biogas ist nicht zielführend.*
- *Den größten Anteil an der Vermaisung mancher Regionen in Deutschland hat die industrielle Massentierhaltung. Aus über 60 Prozent des angebauten Mais in Deutschland werden Futtermittel - und nicht Biogas - erzeugt. Das muss mit Hilfe einer ökologisch orientierten Agrarpolitik, die industrielle Massentierhaltung beendet und stattdessen eine tiergerechte Haltung fördert, die an Flächen gebunden ist und Fruchtfolgen einhält, in den Griff bekommen werden.*
- *Biogas ist aufgrund der Speicherfähigkeit im Leitungsnetz und der dadurch möglichen Schaffung von Pufferkapazität und Einspeisung in Nachfragespitzen eine wichtige Ergänzung im Energiemix. Denn als jederzeit nutzbarer Energiespeicher stellt Biomasse ein ideales Back-up-System für die schwankende Solar- und Windstromerzeugung dar. Die Energiewende ist ohne Bioenergie – gerade auch im Wärmesektor - nicht zu machen.*
- *Allerdings hat eine falsche Förderpolitik durch die Kombination von Gülle- und NaWaRo-Bonus zu Fehlanreizen geführt, die in Gebieten mit vielen Biogasanlagen zu einer starken Anbauausweitung bei Mais und damit zu einer Verödung und Verarmung der Landschaften geführt hat. Das schmälert auch die Akzeptanz von Biogas in der Bevölkerung. Diese Anreizstruktur hat auch zu einer Verstärkung der Grünlandverluste geführt – mit weiteren negativen Folgen für die Artenvielfalt oder die Qualität von Böden.*
- *Wir Grünen hatten seinerzeit im EEG eigens Revisionsklauseln eingebaut, um sich abzeichnende Fehlentwicklungen ggf. rechtzeitig zu verhindern. Die Folgereregierungen haben diesen sinnvollen Weg nicht oder zu spät fortgeführt. Insbesondere die Große Koalition von 2005 bis 2009 hat hier versagt. Erst viel zu spät, mit der EEG-Novelle 2012, wurden die Förderbedingungen für Biogas an Umweltvorgaben geknüpft.*

*Es geht jetzt an erster Stelle darum, neue Anreize für eine Umstellung der Biogasanlagen zu schaffen. Statt Maismonokulturen müssen vor allem Abfall- und Reststoffe sowie alternative Substrate zum Einsatz kommen. Biogasanlagen sollen*

*künftig Strom und Wärme nachhaltig, flexibel und effizient erzeugen. Besonders kleine und mittlere Anlagen müssen gegenüber zentralen Großanlagen gestärkt werden. Auch der Fachverband Biogas setzt mittlerweile auf Mischungen aus Blühpflanzen als Inputstoffe. Das ist für die Artenvielfalt ein wichtiger Schritt.“*

Die Diskussion zu diesem wichtigen Bestandteil der Energiewende ist eröffnet. Wir werden über den weiteren Verlauf informieren.

### **Landesarbeitsgemeinschaft Berlin für Linke Wirtschaftspolitik**

Die Berliner LAG Linke Wirtschaftspolitik trifft sich seit einigen Monaten regelmäßig am ersten Sonntag des Monats, um über aktuelle Fragen linker Wirtschaftspolitik zu diskutieren. (<http://www.thinktank-linke-wirtschaftspolitik.berlin/>).

In einem Blog wurden jetzt weitere Beiträge publiziert:

- Aurel Stenzel „Warum gehört die Mehrheit deiner Firma Investoren?“  
GründerInnen nehmen ein enormes Risiko auf sich. Ein Risiko, das sich lohnen sollte. Dennoch finden sich viele GründerInnen in der Situation wieder, dass eines Tages ihre Firma mehrheitlich InvestorInnen gehört. Warum dies so ist, wird in dem Beitrag erläutert  
<https://gruppe150plus12.wordpress.com/2017/08/11/warum-gehört-die-mehrheit-deiner-firma-investorinnen/>
- Elisabeth Voss „Fearless Cities: Konferenz in Barcelona im Juni 2017“  
Rebellische Städte gegen Rassismus und Patriarchat Die Idee des Munizipalismus wird zur Praxis: Soziale Bewegungen erobern die Rathäuser und versuchen dort eine Politik zu machen.  
<https://gruppe150plus12.wordpress.com/2017/08/23/fearless-cities-konferenz-in-barcelona-im-juni-2017/>
- Rolf Sukowski „Gemeinwohl-Ökonomie – Möglichkeit für eine Wirtschaftswende oder grüner Kapitalismus? (Teil 1)“  
Es ist eine Bewegung, die sich mit den gegenwärtig herrschenden Strukturen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft auseinandersetzt und sie auch in Frage stellt.  
<https://gruppe150plus12.wordpress.com/2017/08/29/gemeinwohl-oekonomie-moeglichkeit-fuer-eine-wirtschaftswende-oder-gruener-kapitalismus-teil-1/>

## **Wirtschaftsinformationen**

### **Anfrage um Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten**

Für eine wissenschaftliche Studie des Arbeitsbereichs Sozial-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie der Freien Universität Berlin werden derzeit berufstätige Teilnehmer und Teilnehmerinnen gesucht. Dazu erreichte uns die Bitte um Weiterleitung der Einladung. Die Angaben dienen rein wissenschaftlichen Zwecken und werden anonymisiert erfasst:

“Hiermit möchte ich Sie gerne einladen, an der Studie zum Thema **"Führung und Mitarbeiterwohlbefinden in Zeiten des Wandels"** teilzunehmen. Aufgrund verschiedenster Einflussgrößen sind Organisationen heutzutage starken Dynamiken unterworfen. Im Rahmen dieser Studie befasse ich mich damit, wie Führungskräfte (z.B. auch Teamleiter) in diesen Zeiten das Wohlbefinden ihrer Mitarbeiter stärken können.

Dauer: Die Studie besteht aus zwei Befragungen à 7-9 und 3 Minuten im Abstand von einer Woche. Nach Bearbeitung der ersten Befragung können Sie sich für die zweite, kurze Nachfolgebefragung anmelden. Bereits Ihre Teilnahme an der ersten Befragung ist wissenschaftlich wertvoll.

Ihr Nutzen: Auf Wunsch informieren wir Sie nach Abschluss der Studie gerne über die Ergebnisse sowie daraus ableitbare Praxistipps für Führungskräfte und Mitarbeiter.“

Über folgenden Link ist die Studie erreichbar:

[https://ww3.unipark.de/uc/fuehrung\\_wohlbefinden\\_1/ospe.php?SES=83204ffc7a4cf3d5652d2f08313cecf3&syid=666840&sid=666841&act=start](https://ww3.unipark.de/uc/fuehrung_wohlbefinden_1/ospe.php?SES=83204ffc7a4cf3d5652d2f08313cecf3&syid=666840&sid=666841&act=start)

### **Land Brandenburg ermöglicht steuerliche Erleichterungen für durch Hochwasser Geschädigte**

Das Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg veröffentlichte am 11. August 2017 ein Schreiben „Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der durch die starken Regenfälle und damit verbundenen Überschwemmungen im Juni und Juli 2017 verursachten Schäden in Brandenburg“. Darin wird u.a. festgestellt: *„Durch die massiven Regenfälle im Juni und Juli 2017 und die damit verbundenen Überschwemmungen (Hochwasser) sind in Teilen Brandenburgs beträchtliche Schäden entstanden. Die Beseitigung dieser Schäden wird bei vielen Steuerpflichtigen zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. Es erscheint daher*



angebracht, den Geschädigten durch steuerliche Maßnahmen zur Vermeidung unbilliger Härten entgegenzukommen und auf die steuerlichen Hilfsmaßnahmen durch Presseveröffentlichungen, Aushang im Finanzamt oder in anderer geeigneter Weise hinzuweisen“.

Im Schreiben werden dann die konkreten Maßnahmen aufgeführt.

<http://www.mdf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.529617.de?highlight=Hochwasser>

### **Angebot aus Russland**

Auf Empfehlung von Gregor Gysi erreichte uns nachstehende Mail einer Unternehmerin, die auf dem osteuropäischen Markt aktiv ist:

*„Viele Menschen hier wollen für eine Zeitlang in Westeuropa mehr Geld verdienen. Ein Freund von uns, Kirill, kann Leute anwerben und auch alle nötigen Visaprozeduren von hier aus erledigen [juristischer Dienst "Avtorit" in Kaliningrad]. Er wüsste gerne von Unternehmen in Ostdeutschland, die Kleingruppen von Arbeitern und Fachkräften aller Richtungen aus Russland oder anderen Staaten der Eurasiatischen Gemeinschaft einstellen wollen. Er stellt die Listen dann nach Ihren Wünschen zusammen und Sie müssten nur noch die Visaeinladung schreiben und dann natürlich die Arbeiter beschäftigen, wenn sie ankommen. Sie können auch die nötigen deutschen Sprachkenntnisse - minimal bis fortgeschritten - spezifizieren. Die Idee der Kleingruppen dient dazu, dass die Arbeiter einander im fremden deutschen Umfeld gegenseitig unterstützen können.*

*Freunde bestätigen mir, dass diese Methode in Israel und Großbritannien für Arbeitskräfte aus Eurasien die Regel ist und häufig erfolgreich praktiziert wird. Über eine Antwort, Kontaktempfehlungen, weitere Ideen hierzu und eventuelle erste Anfragen von Kräften würden wir und insbesondere Kirill - Leiter eines russischen Sprachtestzentrums in Kaliningrad mit Verbindungen im ganzen eurasiatischen Raum - uns sehr freuen.“*

Kontaktaufnahme über: [helpfromeurasia@gmail.com](mailto:helpfromeurasia@gmail.com).

### **Crowdfunding für Freiberufler**

Die Quantity Investment GmbH wandte sich an den Vorstand mit folgendem Angebot: Das Unternehmen ist ein junges Finanztechnologieunternehmen („Fintech“) und bietet erstmals in Deutschland für Freiberufler (z.B. Ärzte, Hebammen,

Architekten, etc.) eine Finanzierungsalternative über Crowdfunding an, die eine klassische Bankfinanzierung voll ersetzen kann. Hierdurch sollen hoch qualifizierte Menschen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit gefördert werden.

<http://www.quantity-investment.de/> .

## Veranstaltungen

13. September 2017      8.                    **Berliner                    Unternehmensgespräch**  
Umwelt.Ethik.Gemeinwohl von UnternehmensGrün, GWÖ Berlin und der taz) von 19 – 21 Uhr im taz-café, Rudi-Dutschke-Str. 23. 10969 Berlin. Thema „**Wirtschaft anders machen**“, Vertreter von verschiedenen Formen alternativen Wirtschaftens stellen sich vor. Die Veranstaltung findet im Rahmen der diesjährigen Wandelwoche Berlin-Brandenburg statt.  
<http://bbb.wandelwoche.org/>
16. September 2017      „**Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!**“  
bundesweiter Aktionstag mit Veranstaltungen in verschiedenen Städten und Gemeinden, u.a. unter dem Motto „**Wir fangen schon mal an: Superheld\*innen verteilen um**“, sind alle Superheld\*innen aus Berlin und Umgebung bereits für den **15. September um 12.30 Uhr vor dem Bundestag** eingeladen, um von dort symbolisch das Geld dahin umzuverteilen, wo es dringend benötigt wird – in die Kitas, Krankenhäuser, Jugendeinrichtungen, Schulen, bezahlbaren Wohnraum usw.. Alle Unterstützenden sind aufgefordert, sich in einfachen Kostümen der Aktion anzuschließen. Weitere Informationen unter <https://www.reichtum-umverteilen.de/termine>
13. Oktober 2017      **Unternehmerfrühstück** mit der **Berliner Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe Ramona Pop** um 9.00 Uhr im KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, als Gastgeber Petra Pau (MdB), OWUS Berlin-Brandenburg und der Bezirksverband DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf;

## Vorankündigungen

17. März 2018      3.      **KMU-Konferenz** von OWUS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 in 10243 Berlin

20. April 2018      **Jahresmitgliederversammlung** von OWUS Berlin-Brandenburg  
(Wahl des Vorstands), Franz-Mehring-Platz 1 in 10243 Berlin

## Links

OWUS auf  [www.facebook.com/owus.dachverband](http://www.facebook.com/owus.dachverband)

<https://oxiblog.de>

[www.fabio-de-masi.de](http://www.fabio-de-masi.de) Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL),

<http://unternehmenhandeln.de/> (ehemals KMU gegen TTIP)

<http://mitmachihk.berlin/#ziele> für eine starke Opposition in der IHK Berlin

<https://www.ecogood.org/de/> Gemeinwohl-Ökonomie

<http://www.thinktank-linke-wirtschaftspolitik.berlin/> LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin

## Unsere Geburtstagskinder für den September 2017

Rolf Kutzmutz	01.09. !!!!
Birgit Müller	03.09.
Udo Bellmann	05.09.
Helmut Wandel	14.09.
Claudia Kirchhoff	17.09.

**Herzlichen Glückwunsch!!!!!!**

**Euer OWUS Vorstand**

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender  
[heinrich-berlin@kabelmail.de](mailto:heinrich-berlin@kabelmail.de) .